

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher neue Zeitung. 1947-1949 1947

7 (13.8.1947)

Süddeutsche Allgemeine

KARLSRUHER NEUE ZEITUNG

Erscheinungsweise: Jeden Montag, Mittwoch und Freitag. Einzelverkaufspreis RM 1.20. Monatlicher Bezugspreis RM 3.20. bei Zustellung durch die Post RM 2.20 zuzüglich Zustellgebühr.

Anzeigen: Die 30 mm br. Nonp-Zelle Karlsruher Ausgabe RM 1.50; Pforzheimer Ausgabe und Württembergische Abendblatt je RM 1.-; Gesamtausgabe RM 1.-. Amitt. Anzeigen 50% Nachsch.

1. Jahrgang / Nummer 7

Mittwoch, den 12. August 1947

Einzelpreis 20 Pfennig

Welt-Rundschau

New York, (Dena-Reuter). Die europäischen Schwierigkeiten, die durch eine Dollarverknappung zum Ausdruck kommen, seien in weit höherem Maße das Resultat politischer Mängel der Großmächte als einer rückläufigen wirtschaftlichen Bewegung, schreibt die New York Times in einem Leitartikel.

Kasach. (Dena-Reuter). Die verfassunggebende Versammlung von Kasachien wählte einstimmig den Generalgouverneur von Kasachien, Muhammad Ali Jinnah zum Präsidenten der Versammlung.

Jerusalem. (Dena-Reuter). Terroristen sprengen die Eisenbahnlinie Palästina-Agypten 20 Kilometer südlich von Gaza. Eine kurze Gleisstrecke wurde zerstört.

Basel. (Dena-Reuter). Die Paragrafenkommission forderte die Bevölkerung der Stadt auf, bis weiteres 10 Stunden dem Vorhaben der Besetzung zu halten, da Regierungstruppen zum Einsatz der belagerten Stadt herangezogen werden.

London. (Dena-INS). Der britische Vertreter in Budapest überreichte dem ungarischen Regierung eine Note, in der ersucht wird, die Besetzung von vier sowjetisch-ungarischen Gesellschaften zu beenden, da dies einen Verstoß gegen die Bedingungen des ungarischen Friedensvertrages darstellt.

London. (Dena-Reuter). Carlos Sener, ein Führer der katalanischen Republikaner, ist in London lebend und von dem Präsidenten der spanisch-republikanischen Exilregierung Diego Martinez Barrio mit der Bildung einer neuen Regierung beauftragt worden, lehnte dieses Amt ab.

Paris. (Dena-Reuter). Die französische Nationalversammlung sprach dem französischen Militärpräsidenten Rastoul mit 490 gegen 184 Stimmen das Vertrauen aus.

Paris. (Dena-Reuter). Die sozialistische Föderation des Departement Seine stünzte während des Wahlen mit 458 gegen 3705 Stimmen bei 327 Stimmenthaltenen für den Rücktritt des Premierministers Rastoul.

Haag. (Dena-Reuter). Die holländische Regierung gab offiziell bekannt, daß sie die sofortige Bildung einer vorläufigen Regierung für Indonesien gebilligt habe.

Marshall mahnt zur Geduld

Washington, 12. August (Dena). Außenminister Georges C. Marshall erklärte vor ungefähr 100 Amerikanerinnen, die aus allen Teilen der USA zum Studium der Arbeitsverhältnisse der US-Regierung hier zusammenströmten, daß amerikanische Volk müsse anderen Ländern gegenüber Geduld und Verständnis entgegenbringen, da diese während des Krieges schwer gelitten hätten und sich noch in einem reizbaren Zustand befänden. Er hegte für die verschiedenen Völker der Welt und ihre im Kriege erlittenen Leiden tiefe Sympathie. Marshall forderte die Zuhörerinnen auf, sich nicht für Zwischenfälle in den internationalen Beziehungen zu entrüsten, sondern einen Geist der Toleranz und des Verständnisses anzunehmen.

Keine Einigung über Währungsreform

Berlin, 12. August (Dena). Der Falli-lerie Kontrollrat erzielte keine Einigung über die Frage einer deutschen Währungsreform und beschloß, weiter mit den verantwortlichen Regierungen zu verhandeln. Auf der Sitzung, die unter dem Vorsitz des amerikanischen Militärregierers für Deutschland, General Lucius D. Clay, stattfand, wurde der neue Chef der dänischen Militärmission in Berlin, General Eric A. M. Bierig, eingeführt.

Der englisch-ägyptische Konflikt

Die ägyptische Auffassung — Rechtfertigung der englischen Maßnahmen

New York, 12. Aug. (Dena-Reuter). Der britische Delegierte beim Sicherheitsrat, Sir Alexander Cadogan, wandte sich auf der Sitzung des Rates gegen die Anschuldigungen, die der ägyptische Premierminister Nokrasy Pascha gegen die britischen Handlungen in Ägypten und im Sudan vorgebracht hatte. Cadogan sagte, die Erklärungen Nokrasy Paschas seien dazu bestimmt gewesen, das Bild eines selbststättigen Imperialismus entstehen zu lassen. Die Arbeit Großbritanniens habe jedoch erst zur Schaffung eines wohlhabenden und unabhängigen Ägyptens geführt, ich weiß, fuhr Cadogan fort, daß die Ideen von heute andere sind als die des neunzehnten Jahrhunderts, und keine Macht hat ein gewalttätiges Zeugnis über ihre Entwicklung in dieser Hinsicht abzugeben als Großbritannien, das Millionen von Indem und Burmen ihre Freiheit gegeben hat und bereit ist, auch den letzten britischen Soldaten binnen eines oder zweier Jahre von ägyptischen Boden zurückzuziehen. In einem Ueberblick über die Geschichte des britischen Vorgehens in Ägypten und im Sudan bezeichnete Cadogan die Erklärung Nokrasy Paschas, Großbritannien habe Europa gegen die ägyptische Unabhängigkeit mobilisiert, als eine völlige Verdrängung der Tatsachen.

Cadogan ging dann auf die Einzelheiten der britischen Maßnahmen ein, durch die, wie er sagte, Ägypten zu einem wohlhabenden Land geworden sei. Der Erklärung Nokrasy Paschas gegenüber, daß der Sudan und Ägypten seit unendlichen Zeiten vereint gewesen seien, sagte Sir Alexander, die ägyptische Herrschaft im Sudan habe 1921 nach dessen Eroberung begonnen. Großbritannien habe niemals versucht, den internatio-

Das englische Ermächtigungsgesetz

Vorstoß der Opposition — Debatte über Arbeiterfragen

London, 12. August (Dena). Der Präsident des britischen Kronrates, Herbert Morrison, legte den Gesetzesentwurf, der der Regierung Vollmacht zur Überwindung der wirtschaftlichen Notlage geben soll, vor, wobei er feststellte, daß es nicht beabsichtigt sei, eine soziale Revolution mit Hilfe von aus dem Kriege hervorgehenden Verordnungen durchzuführen. Gegen die Annahme des neuen Gesetzes, das der Regierung die Vollmacht erteilt, eine scharfe Kontrolle über die Arbeitskräfte durchzuführen, schied arbeitende Geschäftsführungen in Betrieben abzusetzen, sowie die Kapitalanlagen zu lenken, wandten sich sowohl die Konservativen als auch die Liberalen.

Die von Churchill geleitete Opposition brachte während der Debatte über das von der Regierung eingebrachte „Ermächtigungsgesetz“ mehrere Abänderungsvorschläge zu dem Gesetzesentwurf ein. Ein Antrag wurde mit 226 gegen 125 Stimmen abgelehnt. Im Verlaufe der Debatte wandte sich Churchill vor allem gegen die Zwangsverpflichtung von Arbeitskräften für die Industrie. Die Regierung habe bereits durch einen noch aus Kriegzeiten beruhendes Gesetz die Macht, solche Maßnahmen durchzuführen. Wenn es der Regierung gelänge, eine neue Zustimmung des Parlaments zu erhalten, so werde es ihr völlig freistehen, derartige Schritte zu unternehmen.

Sir Hartley Shawcross entgegnete, die Befugnisse der Regierung sollen durch diese Gesetze nicht sehr erweitert werden, da sie in der Tat bereits sehr weitreichend seien. Sie sollten lediglich das Recht der Arbeitslenkung einschließen, ein Recht, das Churchill selbst während des Krieges eingeführt habe. Durch das Gesetz werde die Regierung in die Lage versetzt, diese Befugnisse unter besonderer Berücksichtigung der Wirtschaftskräfte einzusetzen. Insbesondere soll sichergestellt werden, daß die Hilfsquellen des Landes, nicht nur die der Arbeitskraft, sondern auch die der Wirtschaftslieferung und des Besitzes zu Segen des Landes genutzt werden.

Beginn der Ruhrkohlenbesprechungen

Um das deutsche Industrienniveau — Zunächst Hilfslieferungen

London, 12. August (Dena-Reuter). Die Londoner „Times“ fordert in einem Leitartikel über die in Washington beginnenden anglo-amerikanischen Ruhrkohlenbesprechungen eine sofortige Entscheidung über das Ausmaß der Hilfslieferungen an Lebensmittel, Baumaterialien und anderer Mangelwaren, um den Ruhrindustrien eine feste Grundlage zu geben. Diese Hilfslieferungen, so schreibt das Blatt, müssen von den Vereinigten Staaten kommen und es sei das Ziel der britischen Mission in Washington, sicherzustellen, daß die USA vollständig und genau über diese Lieferungen informiert werden.

Die technischen Bedingungen für eine erhöhte Kohlenproduktion bildeten nur das erste, wenn auch schwierigste mehrmalen Charakter des Suezkanals zu verletzen.

Protest aus dem Sudan

Khartoum, 11. Aug. (Dena-Reuter). Die sudanesischen Unabhängigkeitsfront hat in einem an den Generalsekretär der UN, Trygve Lie gerichteten Telegramm dem ägyptischen Premierminister Nokrasy Pascha beschuldigt, bei der Ägypten-Gebiete die Weltfriedensrat die Geschichte, Geographie und die nationalen Bestrebungen des Sudans absichtlich falsch dargestellt zu haben. Der Sudan und Ägypten, seien nie eine Einheit gewesen. Die Sudanesen betrachteten die Forderung Ägyptens nach einer Vereinigung des Niltales als ein imperialistisches Ziel Ägyptens. Das von Nokrasy Pascha in Anspruch genommene Recht, für den Sudan zu sprechen, entbehre jeglicher Grundlage.

USA. hat alle Kriegsgefangenen entlassen

Deutsches Kriegsmaterial vernichtet — Industrieller Aufstieg nur langsam

Berlin, 12. Aug. (Dena). Die Vereinigten Staaten haben alle deutschen Kriegsgefangenen entlassen und die Vernichtung des wesentlichen deutschen Kriegspotentials in der US-Zone abgeschlossen, heißt es in dem Juni-Bericht des amerikanischen Militärregierers für Deutschland, General Lucius D. Clay. 841007 Gefangene erlangten in der Zeit vom 10. Mai 1946 bis 30. Juni 1947 ihre Freiheit wieder. Damit sind die USA das erste Land, das sämtliche Kriegsgefangenen entlassen hat. Während sich, nach sowjetischer Bekanntheit, noch etwa 600 000 Gefangene in der Sowjetunion aufhalten, befinden sich in britischer Hand noch 344 000 Kriegsgefangene.

Der Präsident des britischen Kronrates Herbert Morrison erklärte, er ziehe die Ansichten des britischen Gewerkschaftskongresses über die Rechte der zusammenschlossenen Arbeiterschaft und der Sicherung dieser Rechte jeden der von Churchill in diesem Zusammenhang abgegebenen Erklärung vor. Der Gewerkschaftskongress habe erklärt, daß er, wenn nötig, bereit sein würde, mit der Regierung weitere Befugnisse einschließlich der Arbeitslenkung zu erteilern. — Raymond Blackburn, Labour-Abgeordneter, sagte, er habe das größte Vertrauen, daß Premierminister Clement Attlee, Präsident des Kronrates Herbert Morrison, Außenminister Ernest Bevin und Handelsminister Sir Stafford Cripps nicht die Absicht hätten, dem Unterhaus irgendwelche Maßnahmen vorzuschlagen, die als totalitär bezeichnet werden könnten. Er glaube nicht, daß die Labour-Party in ihrer Gesamtheit eine allgemeine Lenkung der Arbeit unterstützen würde. Dies sei eine Maßnahme, von der Zukunft der gesamte Sozialismus in Großbritannien abhängen werde. Das Unterhaus habe jetzt zwischen dem Totalitarismus und dem Liberalen Sozialismus zu wählen. Noch den Ausführungen Blackburns vertagte sich das Unterhaus.

London, 12. Aug. (Dena). Die Unterhausdebatte dauerte in den frühen Morgenstunden noch an. Der Labour-Abgeordnete und frühere Bergbauarbeiter David Greenfield brachte einen Zusatzantrag ein, daß vor jeder Übertragung der Industrie im Rahmen des geplanten Gesetzes Vertreter der Industrie, der örtlichen Behörden und die Parlamentsabgeordneten des betreffenden Bezirkes zu Rate gezogen werden sollten. Der Antrag Greenfields wurde von den Konservativen unterstützt, jedoch mit Mehrheit bei der Abstimmung abgelehnt.

London, 12. Aug. (Dena). Der britische Verband der Textilfabriken, der rund eine Viertelmillion Arbeiter der Baumwollindustrie umfaßt, gab die Befürchtung der Arbeiterschaft in den einzelnen Betrieben, die von der Regierung vorge-

schlagen worden war, um die Spitzenbelastung des Stromnetzes zu verringern, zuzustimmen.

Ermächtigungsgesetz angenommen

London, 12. Aug. (Dena-Reuter). Das britische Unterhaus nahm am Dienstag nach achtstündiger Sitzung in dritter Lesung mit 178 gegen 43 Stimmen das „Ermächtigungsgesetz“ an.

Balkanbesprechungen gescheitert

New York, 12. August. (Dena-Reuter). Die Bemühungen zur Erzielung eines Kompromiß-Übereinkommens über das zukünftige Vorgehen der UN in der Balkanfrage sind, wie der Vorsitzende des Ausschusses, der sich mit der Findung eines solchen Übereinkommens befaßt, dem Sicherheitsrat mitteilte, vollkommen gescheitert.

Die Macht der Vereinten Nationen

New York, 12. August (Dena). Der amerikanische UN-Delegierte, Warren R. Austin, gab vor seiner Abreise zur Teilnahme an der inter-amerikanischen Verteidigungskonferenz in Rio de Janeiro, seiner Überzeugung Ausdruck, daß die Vereinten Nationen in der Lage sein würden, die Probleme der Welt ohne eine Veränderung der UN-Charta oder der Zusammensetzung der UN lösen zu können. Das wichtigste, mit dem sich die Vereinten Nationen zu befassen hätten, liege auf der moralischen Seite und dabei sei das Problem nicht die Anwendung des Vetos, sondern der Mißbrauch desselben. Die bevorstehende inter-amerikanische Verteidigungskonferenz bezeichnete Austin als einen wichtigen Meilenstein auf dem Wege zum Weltfrieden. „Eine weltweite Hemisphäre, die zur Unterstützung der Ziele und der Prinzipien der UN-Charta auf regionaler Basis fest vereint ist, kann nur zur Stärke und zur moralischen Kraft dieser Ziele und Prinzipien in der ganzen Welt beitragen.“

Abd el Krim droht Frankreich

Paris, 12. August (Dena-INS). Der ehemalige Rifkabylen-Hauptling, Abd el Krim, erklärte laut AFP in einem Interview, er habe die Absicht, Frankreich den Krieg zu erklären, falls die Organisation der Vereinten Nationen keine befriedigende Lösung für die Forderungen der marokkanischen Nationalisten finde. Dieser Krieg, fuhr Abd el Krim fort, würde mit einem überraschenden Sieg über Frankreich enden, könnte jedoch seiner Ansicht nach vermieden werden, wenn die Vereinigten Staaten die Franzosen aus Nordafrika entfernen.

Zwei Weltreiche — zwei Gegensätze

Paul Reynaud über Verhältnis USA/ UdSSR — Kampf um Weltbeherrschung

Paris, 12. August. (Dena-INS). Der ehemalige französische Premier-Minister Paul Reynaud befaßt sich in einem Sonder-Artikel für den International News Service mit den Gründen, die seit Beginn des Krieges zu der Haltung zwischen den USA und der Sowjetunion führten. Welches ist der Hauptgrund für das Mißverständnis zwischen den beiden Mächten, die als Giganten auf dem Krieg hervorgegangen — der Sowjetunion und den USA. — 7 Heutzutage stehen diese beiden Giganten, an entgegengesetzten Polen menschlichen Denkens. Jeder von ihnen hat eine eigene Formel für die Glückseligkeit, die ihrem ideologischen Konflikt den Charakter eines Religionskriegs verleiht.

Wenn es sich um die Demokratisierung Deutschlands handelt, so verachtet die USA darunter die Wiederherstellung der Freiheit der Rede, der Wahl etc., während die Sowjets, die die Diktatur des Proletariats wünschen, unter einer Demokratisierung Deutschlands die Zerschlagung einer sozialen Klasse durch die Aufteilung des Grundbesitzes verstehen, um so politische Bedingungen zu schaffen, die für die Weiterentwicklung ihrer Propaganda günstig sind. Heute nehmen die Meinungsverschiedenheiten den ersten Platz ein und die beiden Giganten versuchen, einander an der Erlangung der Weltbeherrschung zu hindern.

Die Vereinigten Staaten wurden während des Krieges außerordentlich stark. Aber auch die Sowjetunion, obgleich sie durch den Krieg schwer mitgenommen wurde, hat für die Zukunft gute Trümpfe in der Hand. Wenn wir den Statistiken glauben, dann wird Rußland in 22 Jahren 231 Millionen Einwohner haben im Vergleich zu 134 Millionen Amerikanern. Diese 21 Millionen Russen haben zu ihrer Verfügung alle Reichtümer zwischen Wladivostok am Pazifik und Triest im Westen oder vielleicht dem Weimarer Goethe.

Die Sowjets erklären den Amerikanern ihr willkürliches Treiben mit der Macht, die Euch Euer Weizen, eure Rohmaterialien, eure maschinellen Einrichtungen und eure Dollars geben, um zu-

Arbeitsprogramm des Wirtschaftsrats

Frankfurt, 12. August (Dena). Bis zur nächsten Sitzung des Wirtschaftsrates am 4. und 5. September werden die Ausschüsse, wie der wirtschaftsführende Verwaltungsdirektor im Wirtschaftsrat, Dr. Wilhelm Doerr, einem Dena-Vertreter mitteilte, Konferenzen abhalten. Der Ausschuss für Verkehr wird am 12. und 14. August die mit der Transportkrise zusammenhängenden Probleme erörtern und die Unterlagen zusammenstellen, die dem Ausschuss für Wirtschaft in seiner nächsten Sitzung die Behandlung der Transportprobleme ermöglichen soll. Der Ausschuss für Ernährung und Landwirtschaft wird am 20. und 21. August Probleme der landwirtschaftlichen Erfassung behandeln. Der Ausschuss für Wirtschaft wird vom 21. bis 23. August an Hand der vom Verkehrsausschuß fertiggestellten Unterlagen über die Transportkrise und die Möglichkeit ihrer Bewandlung beraten, sowie den Industrieplan und Fragen der Bewirtschaftungsverordnung erörtern. Der Rechtsausschuß wird am 25. und 27. August mit der Ausarbeitung des Statuts für den Wirtschaftsrat und der Ausführungsregeln beginnen. Am 22. und 23. August tritt der Postausschuß und am 2. September der Finanzausschuß zusammen, und schließlich wird sich am 2. September der Hauptausschuß mit organisatorischen Fragen beschäftigen.

Der Nachfolger Dr. Köhlers

Stuttgart. (Dena). Der Staatssekretär im württemberg-badischen Staatsministerium, Hermann Gögl, wurde auf der Sitzung des Ministerrats als Nachfolger des zurückgetretenen Finanzministers Dr. Heinrich Köhler zum Vertreter Württemberg-Badens im Exekutivrat des Zweizonenwirtschaftsrates bestimmt.

Der Antisemitismus in Deutschland

München, 12. August (Dena). Der Berater General Lucius D. Clay in jüdischen Angelegenheiten, Rabbiner Philipp Bernstein, berichtete der UN-Untersuchungskommission für Palästina, daß der wachsende Antisemitismus als Erbe des unheiligen Hitlerregimes den Juden unmöglich mache, in Deutschland zu verbleiben. Er habe keine Änderung in den Beziehungen zwischen Deutschen und Juden feststellen können. „Wenn die Tore Palästinas geöffnet werden sollten, werde 80% aller Juden dorthin gehen“, sagte Bernstein.

Die amerikanische Armee habe sich, so erklärte Bernstein weiter, der jüdischen Heilmation immer in der vornehmsten Weise angenommen. Solange sie in Deutschland stehe, werde es jedenfalls nicht zu Programmen kommen. Was jedoch späterhin eintreten wird, wenn die Armee dieses Land verlässt, in dem noch immer mehr als 60% der Bevölkerung antisemitischen Ideen huldige, könne er nicht sagen.

Süddeutsche Allgemeine

Veröffentlicht unter Lizenz Nr. US-WB 113. Herausgeber Dr. J. Peter Brandenburg (Verlagsleitung) und Felix Richter (Chefredaktion). Verlag: 'Süddeutsche Allgemeine' Pforzheim, Telefon 2001 und 2002. Druck: Badische Presse, Karlsruhe, Waldstr. 18

Kennkartenlochung

Dr. B. Die Frage der Kennkartenlochung hat seit ihrem ersten Auftreten die Gemüter erregt. Jetzt, nachdem sie allerorts praktisch durchgeführt worden soll, rückt sie erneut in das Blickfeld der öffentlichen Diskussion, zumal die VVN auf einer Kreisversammlung in Stuttgart eine Entschloßung faßte, nach der kein bei der VVN registrierter Verfolger seine Kennkarte lochen läßt.

Auf der letzten Sitzung des Länderrats präzierte General Clay noch einmal den Standpunkt der Militärregierung und erklärte, er könne den Unwillen der vom Gesetz nicht Betroffenen verstehen, wenn sie mit den Militärläufern in dieselbe Gruppe eingereiht werden. Diesem Gefühl machen heute viele Deutsche Luft, die entweder als „nicht betroffen“ oder „entlastet“ erklärt sind. Frage ist, wer hier recht hat, diejenigen, die die Kennkartenlochung in der auszuführenden Form anordnen, oder diejenigen, die heute protestieren.

Es wäre vielleicht von Anfang an besser gewesen, zu überprüfen, ob man nicht eine andere Lösung als die Kennkartenlochung hätte finden können. Die Kennzeichnung einer politischen Vergangenheit in einem für alle Staatsbürger gleichmäßig geltenden Ausweis mittel scheint irgendwie gefährlich und reich an heute noch nicht übersehbaren Konsequenzen. Wenn jedoch die amerikanische Militärregierung trotz deutscher Vorstellungen auf der Kennkartenlochung besteht, so bleibt wohl kein anderer Ausweg, als diese Maßnahme allgemein verbindlich durchzuführen.

Die deutsche Geschichte kennt keinen eruptiv-revolutionären Übergang von einer Staatsform zur anderen; auch 1918 war kein solcher im echten Sinne. Die Trennung vom Nationalsozialismus vollzieht sich ebenfalls nicht revolutionär, sondern in Form einer langen Evolution. Dieses Wissen um die innere und äußere Form des Übergangs von totalitärer zu demokratischer Staatsform mag den Länderrat zu Grunde gelegen haben, als er mit Recht darauf hinwies, daß man die Absicht habe, durch Amnestien usw. den Militärläufern in der Zukunft ihre Staatsbürgerrechte wiederzugeben. Dies gehe jedoch nur durch Toleranz und ohne irgendwelche Diskriminierungen. Hier scheint durch den Chef der amerikanischen Militärregierung ein Weg gezeigt zu sein. Wenn politisch Verfolgte und andere vom Gesetz nicht Betroffene die Eintragung der Militärlöcher durch gleichartige Kennkartenlochung ablehnen, so geben sie damit zu erkennen, daß sie die Heraushebung ihrer eigenen Person als

Leute mit politisch reiner Weste in alle Ewigkeit dokumentiert haben wollen. Wir werden aber eines Tages wieder dazu kommen müssen, daß großen Kreisen derjenigen, die ehemals dem Nationalsozialismus nahe standen, die Möglichkeit eines normalen staatsbürgerlichen Lebens gegeben wird. Zu diesen rechnen heute die Entlasteten und Militärläufere. Zu ihnen werden morgen diejenigen gezählt werden, die in der Klasse 3 gehören und ihre Bewährungsfrist hinter sich bringen. Die Krise der Entnazifizierung liegt nicht zuletzt darin, daß bisher kein geeigneter modus vivendi für die große Menge der Militärläufere gefunden wurde. Der Vorstoß im württemberg-badischen Landtag ist zum Teil aus diesen Motiven entstanden. Es handelt sich um Millionen von Menschen, die zu Militärläufere gestempelt werden. Sie würden in eine gefährliche politische Gegnerschaft und in eine hoffnungslose wirtschaftliche Zukunft gedrängt werden, wollte man ihnen nicht für die nahe Zukunft die Möglichkeit einer normalen Mitbeteiligung im Staatsleben geben und ein Zusammenspannen mit den wirklich Schuldigen von ihnen nehmen.

Praktische Politik wird nicht aus emotionaler Gegnerschaft, sondern mit kühler und klarer Überlegung gemacht. General Clay hat einen Weg in die Zukunft gezeigt. Es liegt bei uns, ihn zu gehen und aus den gegebenen Möglichkeiten das Beste zu machen für die Zukunft.

Oppositionsführer besoldet

-r Kiel, Anfang August.
Die Besoldung des parlamentarischen Oppositionsführers mit einer monatlichen Dienstaufwandsentschädigung von 600,- RM beschloß der Schleswig-Holsteinische Landtag. Damit wird eine interessante Neuerung im deutschen Parlamentarismus eingeführt. Diese Besoldung soll nach dem Landtagsbeschluss „in Anerkennung der mit dieser Tätigkeit verbundenen staatspolitischen Verantwortung und in Anbetracht der sich aus der besonderen Stellung erhebbenden Aufwendung“ erfolgen. In der Begründung heißt es: die fortschreitende parlamentarische Praxis habe ergeben, daß neben den Sitzungen des Landtagspräsidenten und des Ältestenrates die Arbeit der Fraktionen eine starke Bedeutung gewonnen habe. Ihre Vorbereitung und Durchführung liegt in den Händen der Fraktionsführer, die damit eine Funktion von erheblicher politischer Tragweite ausüben. Der Führer der Opposition sei hierbei mit der besonderen Verantwortung betraut. — Zur Zeit handelt es sich in Schleswig-Holstein um den der CDU angehörenden Oppositionsführer Studienrat I. R. Carl Schröder.

Erschreckende Zunahmen der Tbc.-Gefahr

Heilstätten das Gebot der Stunde — Wohnungsnot und Gesundheitsstand

H. M. Die in erschreckendem Maße zunehmende Tbc.-Gefahr veranlaßte die Landesversicherungsanstalt Baden zu einer Tagung im Tuberkulose-Krankenhaus Heilbad Berg-Rohrbach, auf der vor Vertretern des Innenministeriums unter Führung von Landesdirektor Zimmermann, der Komunalverwaltungen und der Gewerkschaften in umfassenden Referaten über den gegenwärtigen Stand der Tuberkulosebekämpfung berichtet wurde.

Mit einem Überblick über die Aufgaben der LVA in der Versorgung der Kranken und Heilbedürfnisse entwarf Vizepräsident Pfisterer ein Bild der Schwierigkeiten, fast unlösbaren Probleme, Räumlösungen und Ernährung, denen der LVA heute gegenübersteht. Nur noch in Nordbaden befinden sich und zwar in Heilbad Berg-Rohrbach die modern ausgestattete Tuberkulose-Klinik mit 60 Betten und die Lungensanatorien Stamberg und Rockenau. Die Landesversicherungsanstalt führt gegenwärtig Verhandlungen über die Gründung einer Grenzlandheilstätte G. m. b. H., an der die Stadt St. Blasien, der Staat und vor allem die Schweizer Grenzlandhilfe beteiligt sind. Daneben sollen an verschiedenen Orten Kinder-Tuberkuloseheilstätten errichtet werden.

Die wenigen noch verfügbaren eigenen Anstalten können die vielen Heilbedürfnisse nicht aufnehmen, sodaß die LVA ihre Abteilungen in staatlichen oder privaten Kliniken einrichten muß. Auf der Suche nach geeigneten Heilstätten steht die LVA schon seit der Besetzung in ständigen Verhandlungen mit der Militärregierung zwecks Überlassung von Kasernen oder sonstiger Objekte für die Einrichtung von Krankenhäusern.

Vizepräsident Pfisterer betonte in aller Offenheit die Schwierigkeiten und Mißstände, die bei der Einrichtung von Tuberkulose-Heilstätten auftraten und die Arbeit der LVA erschweren. Von allen Seiten hört man zwar die Forderung, aber sobald ein Objekt gefunden ist, kommt namentlich von den kommunalen Behörden eine Einwendung:

keine Stadt oder Gemeinde will Tbc.-Krankenhäuser!

Den aus der Heilstätte gehende Entlassenen hat man sogar schon vielfach die Rückkehr in ihre Heimatgemeinden verweigert.

Der ärztliche Leiter der Tuberkulose-Pflegeanstalt Heilbad Berg-Rohrbach, Dr. Debohn, gab dann einen Überblick über den Tbc.-Stand des Stadt- und Landkreises Heilbad Berg-Rohrbach.

Die Zustände in der zerstörten Großstadt Mannheim schulderte Bürgermeister

meister Böttger mit drastischen Beispielen. Tbc. und Geschlechtskrankheiten halten die Spitze in der Krankheitsstatistik und verbreiten sich immer mehr unter der Bevölkerung. Ein von Bürgermeister Böttger beabsichtigter Zweckverband soll alle die Stellen, die den Tbc.-Gesunden entgegenstehen, an der Spitze die Staatsregierung und Landesversicherungsanstalt mit Stadt- und Landkreisen, umfassen.

Das Innenministerium, so versprochen Landesdirektor Zimmermann und Medizinreferent Dr. Hamacher würde die Bemühungen in der Tbc.-Fürsorge tatkräftig fördern und unterstützen; soweit es an der Verwaltung liegt, wird alles getan, um die Aufgabe zu lösen.

Solange die Trümmer nicht beseitigt, die Wohnungsnot und Ernährungslage sich nicht gebessert haben, wird kein Nachlassen der Tbc.-Infektionsstellen sein!

Diese Meinung legte auch der Vertreter und Vorsitzende Pfleger der Gewerkschaftsbundes Karlsruhe dar, der mit Worten des Dankes an die Landesversicherungsanstalt die Bitte an alle maßgebenden Stellen verband, fest an dem gemeinsamen Ziel zusammen zu arbeiten, dem schaffenden Volk zu helfen.

Dr. Bettag, Chefarzt der LVA-Abteilung in der Heil- und Pflegeanstalt Wiesloch rügte Zustände, die bei etwas besserem Willen und schneller Planung in anderen Farben erscheinen würden. Namentlich die Rivalität zwischen Württemberg und Baden hat sich bei der Versorgung der Lungenerkrankten von keiner erfreulichen Seite gezeigt.

Da bekanntlich Baden bedeutend mehr geschädigt ist und schmerzlicher unter der Wohnungsnot zu leiden hat, wäre es angebracht, wenn Tbc.-Kranke aus Baden in württembergischen Heilstätten, die weit zahlreicher und nicht voll belegt sind, ihrer Genesung entgegengebracht könnten. Aber leider sieht die Wirklichkeit anders aus. Unter solchen Bedingungen berechnen Tbc.-Ärzte ihre Arbeit als sinnlos, wenn sie nur die Erkrankungen feststellen können, ein Heilungsprozess aber an dem verständnislosen Verhalten der Behörden scheitert. Dabei wachsen die Fälle immer mehr an; so sind

65 Prozent der aus Rußland heimkehrenden Kriegsgefangenen an Tbc. erkrankt!

Nur ein wirkliches und endgültiges Zusammenfassen aller Kräfte vermag noch die Not zu beseitigen; ein Bild des Elends zeigt sich, wie es ein Volk noch braucht, die Tuberkulose wartet nicht

Südbadens Aufbauprogramm

Nachdem die erste südbadische Regierung nach Überwindung vielseitiger Schwierigkeiten endlich zustande gekommen war, trat sie sofort vor den Landtag, um ihm ihr Programm vorzulegen. Staatspräsident Wohleb gab dieses Programm in einer umfassenden, großangelegten Rede bekannt. Zunächst sprach Prof. Wohleb sein Bedauern darüber aus, daß trotz zahlreicher Verhandlungen und Bemühungen es nicht gelungen sei, zur Steuerung der Koalition auch eine Koalitionsregierung aller Parteien zustande zu bringen. Besonders erfolgreich in Norden war für uns Landleute im Hören des Landes die Festsetzung des Staatspräsidenten, daß es auch der Wunsch der südbadischen Regierung sei, daß beide Landesteile möglichst bald wieder vereinigt würden. Der Redner sprach im Anschluß hieran die Befürchtung aus, daß je länger diese Vereinigung auf sich warten lasse, um so mehr trotz besten Willens ein Augenwinkeln von Nord- und Südbaden unvermeidlich sei. Die Zonenengrenzen würden sich je länger je mehr als Ursache einer Verdrängung des deutschen Volkes auswirken, der auch alle Anstrengungen der Besatzungsmächte auf die Dauer nicht Einhalt gebieten könnten.

Größte Sorge ist auch in Südbaden die Ernährungslage. Auch da betonte der Staatspräsident zunächst, daß man mit einem hundertsten, in seinem Gesundheitszustand und seiner Arbeitskraft herabgeminderten Volke kein Staat aufbauen könne, zumal keinen demokratischen. Der Ableitungsmoral müsse aber auch eine Verbrauchermoral des Nichtbesetzungsverorsers gegenüberstehen. Auch da gab es zahlreiche Fälle gemeinters Ichs, wie z. B. gegenwärtig bei der gäublicherweise großen Oberteile, wo von Einzelnen ohne jede Rücksicht auf die Gemeinschaft Obstgärten beschnitten wurden, die in keinem zu richterlichen Verhältnis zum berechtigten Verbrauch stünden.

Die Ableitung der Erzeuger soll durch Preisbegrenzung in Sachwerten und Geld gesteigert werden. Die industrielle Wirtschaft und das Handwerk lebten zur Zeit nur noch von der Substanz. Sie kommen zum Erliegen, wenn nicht bald ein planmäßiger Wiederaufbau in Gang kommt, zu dem auch die Versorgung mit lebensnotwendigen Hausart gehört.

Trotz aller Not und aller wirtschaftlichen Schwierigkeiten reichten zur Zeit die schaffensfähigen Arbeiter nicht aus. Es gäbe im Lande keine Arbeitslosigkeit. Der Staatspräsident stellte einen umfassenden Gesetzgebungsplan auf dem Gebiete der Sozialpolitik in Aussicht. Er unterstrich hierbei die Bedeutung und Wichtigkeit der Gewerkschaften, die bei der Schaffung der Sozialgesetze mit sonstigen Interessierten Verbänden mitwirken würden.

An gesetzgeberischen Maßnahmen kündigte der Staatspräsident die Schaffung einer Kreisordnung an, dann die Frage der Wiedergutmachung nationalsozialistischer Unrechte, der Flugverweissene Gesetze und der durch die Kriegsverweissene geschädigten, weiter die Frage bezüglich der aufgegebenen Erbhofgesetzgebung, eine neue Schulordnung, auch sollen wieder Schöffen- und Geschworenengerichte eingerichtet werden. In der Denazifizierungsfrage, die in Südbaden in ein besonders große Debatte geraten ist, soll nun Ordnung geschaffen werden, die Spruchkammern beginnen zu arbeiten.

Zum Schluß sprach Staatspräsident Wohleb die Hoffnung aus, daß seitens der Militärregierung eine Aufweitung der badischen Zuständigkeiten im Rahmen der alliierten Kontrolle zugestanden werde. Es dürfe gerade von Frankreich als Mutter der Volkserrechte Zugeständnisse erwartet werden. Zu erstreben sei auch die Schaffung eines Besatzungsrechts.

Auf die Regierungserklärung folgte eine längere Aussprache, an deren Ende ein einzelner Minister und damit der Gesamtregierung das Vertrauen des Landtags ausgesprochen wurde. h. w.

Deutschland-Rundschau

Verleinte Westzonen:

G. I. Göttingen (Bayern). Die Mitteilung einer bevorstehenden Spruchkammerverhandlung jagte dem ehemaligen Ortsbauernführer einen derartigen Schock ein, daß er Selbstmord beging.

G. I. Bamberg. Ein Feldhüter stiberte einen Dieb auf und versuchte ihn festzunehmen. Der Mann — ein Ausländer — wollte jedoch flüchten, worauf der Flurwächter von der Waffe Gebrauch machte und ihn tödlich traf.

G. I. Nürnberg. Der Nürnberger Kriminalpolizei gelang es noch rechtzeitig einen großen Schwarzmarktverkauf von Radiorehren zu verhindern, die eine Schwarzhandlerei aus einem Bunker entwendet hatte. Die Beamten konnten nicht nur wieder die Waren im Wert von 20 000 Reichsmark, sondern auch noch einen Betrag in Höhe von 24 000 RM sicherstellen.

G. I. Hadfurt/Main. In Hadfurt führte eine namhafte verhaftete Person in einem Sak 1500 RM Harigeld mit, das wahrscheinlich zur Weiterleitung nach Österreich bestimmt war.

Volks (Dona.) Der bisherige Kulturschriftleiter der „Juliaer Volkszeitung“, der 24jährige Walter Gollbach, wurde

unter Polizeiaufsicht gestellt, weil er in dem Verdacht steht, im Herbst 1945 einen Hausnachbar denunziert zu haben, den der Volkgerichtshof daraufhin zum Tode verurteilte.

Schwäbisch-Hall (Dona.) In Schwäbisch-Hall wurde auf dem jüdischen Friedhof ein Denkmal für 120 ermordete Juden enthüllt.

Sowjet-Zonen:

Leipzig (Dona.) Der Ausbau des Elster-Saale Kanals, der das Gebiet um Leipzig als die mitteldeutschen Wasserstraßen einschließt, ist jetzt nach einer Meldung von Radio Berlin so weit fortgeschritten, daß er von Schiffen bis zu 200 Tonnen befahren werden kann.

Vierzonenstadt Berlin:

Berlin, 12. Aug. (Dona.) Die sowjetischen Behörden verboten in ihrem Sektor alle Plakate für die am Donnerstag auf dem Hertha-Sportplatz in Berlin-Gesundbrunn stattfindenden SPD-Versammlung mit dem SPD-Vorsitzenden Dr. Kurt Schumacher. Es sei angegeben worden, Dr. Kurt Schumacher habe sich gegenüber der sowjetischen Besatzungsbehörde nicht loyal verhalten.

Das braune Rotkäppchen

Nichts war bekanntlich im braunen Reich so verpönt und verfolgt wie der Humor. Hinter jedem Witz war die Gestapo her wie hinter einem Staatsverbrecher. Sie konnten zwar nicht unterdrückt werden, die oft grimmigen Boshheiten, die im Volk von Mund zu Mund weitergereicht wurden. Der Witz blieb allzeit am Leben, öffentlich jedoch wurde er abgewürgt und Männer wie Werner Flück können ein Lied davon singen, wie der „tückische Zwerg“, als den Gregor Strasser den ihn hassenden Goebbels treffend charakterisierte, jede Äußerung verfolgte. Schwarz auf weiß, gedruckt also, sind kaum Versuche bekannt geworden. Ein einziger erfalle einen großen Kreis, die von allen Besitzern sorgsam gehütete „Faschingszeitung der entschlossenen Münchner Neuesten Nachrichten“ aus dem Jahre 1937. Wenn wir uns recht erinnern, waren es zwei Redakteure, die schon ab November 1936 diese Faschingsausgabe vorbereiteten, die denn auch von der ersten bis zur letzten Zeile einschließlich des Anzeigenteiles, nicht immer gleich gut in der Qualität, aber im ganzen geistreich und gepfeffert und mit einem damals Staunen erregenden Mut das „Dritte Reich“ durch den Kakao zog. Die Ausgabe wurde so rasend schnell verkauft, daß eine zweite Auflage gedruckt werden sollte. Dazu soll es jedoch nicht mehr gekommen sein. Der vielleicht wichtigste Teil der ganzen Faschingszeitung war das Märchen von dem nazifizierten Rotkäppchen, das bei unseren Lesern sicherlich Anklang finden wird.

Es war einmal vor vielen, vielen Jahren ein Wald, den der Arbeitssuchende noch nicht gekannt hatte, und in diesem Wald lebte ein Wolf. An einem schönen Sonntagmorgen nun, es war gerade Erntedankfest, da ging ein kleines BDM-Mädchen

durch den Wald. Es hatte ein rotes Käppchen auf und wollte seine arme Großmutter besuchen, die in einem Mütterheim von der NSV untergebracht war. In der Hand trug es ein Körbchen mit einer Pfundspende und eine Flasche Patenteinweine.

Da begegnete ihm der böse Wolf. Er hatte ein ganz braunes Fell, damit niemand gleich von Anbeginn sein rassetrunkenes Äußeres bemerken sollte. Rotkäppchen dachte sich nichts Böses, weil es ja wusste, daß alle Volkskinderlinge im Konzentrationslager säßen, und glaubte, einen ganz gewöhnlichen bürgerlichen Hund vor sich zu haben.

„Heil Rotkäppchen“, sagte der Wolf, „wo gehst du denn hin?“ Rotkäppchen antwortete: „Zu meiner Oma ins Mütterheim.“ „So“, sagte der Wolf, „aber dann bring ihr doch ein paar Blumen mit, mit denen das Amt für Schönheit der Holzarbeit den Wald geschmückt hat.“

Sogleich machte sich Rotkäppchen daran, ein Erntedankbündchen zu pflücken. Der Wolf aber eilte zum Mütterheim, fraß die Großmutter und schlüpfte in ihre Kleider, steckte sich ein Frauenhaarschneppchen an und legte sich ins Bett.

Da kam auch Rotkäppchen schon zur Tür herein und sagte: „Non, liebe Oma, wie geht es dir?“ Der Wolf versuchte, die vulkanische Stimme der Oma nachzuahmen und antwortete: „Gut, mein liebes Kind.“ Rotkäppchen fragte: „Warum sprichst du heute so andersartig zu mir?“ Der Wolf antwortete: „Die Rednerausbildung am Vermittlung hat mich zu sehr beansprucht.“ „Aber Oma, was hast du zur große Ohren?“ „Damit ich das Gebieter der Meckerer besser hören kann.“ „Was hast du denn für große Augen?“ „Damit ich die Wühlmäusechen besser sehen kann.“ „Was hast du denn für einen großen Mund?“ „Da weißt doch, daß ich in der Kulturgemeinde bin.“ Und mit diesen Worten fraß er das arme

Rotkäppchen auf, legte sich ins Bett, schlief in seiner verantwortungslosen Art sofort ein und schnappte.

Da ging draußen der Kreisgerichtsvorsteher vorbei. Er hörte ihn und dachte: „Wie kann nur eine Großmutter so rassetrunken schmecken?“ Und als er nachsah, da fand er den Wolf; und er schloß ihn, obwohl er keinen Jagdschein für Wölfe hatte, auf eigene Verantwortung hin tot. Dann schätzte er ihm den Bauch auf und fand Großmutter und Kind noch lebend. Was das eine Freude! Der Wolf wurde dem Reichsanwalt zugewiesen und zu Fleisch im eigenen Saft verarbeitet. Der Kreisgerichtsvorsteher durfte an der Uniform einen goldgestickten Wolf tragen. Rotkäppchen wurde zur Untersauführerin im BDM befördert und die Großmutter durfte eine Erholungsreise nach Madaira auf einem funkelnagelneuen KdF-Dampfer machen. ja.

Drossel

Von Kraus-Mannestätter.

So ganz unrecht hatten die Leute im Dorf nicht: Der Bichler Alois war zwar arm wie eine Kirchenmaus, aber er hatte es faustdick hinter den Ohren. Am besten merkte man das, als es dann „sewecht“ war. Nämlich, als die Menschen mit dem Finger auf die Burgl sagten, die ein Kind von ihm erwartete.

Doch das waren nicht des Alois Sorgen. Der hatte ganz andere. Die alte Wurzelsche, die den Mädchen die Unschuld durch sieben Röhre schwatze und die nur die „Fensterpöcherle“ genannt wurde, hatte es zuerst ins Dorf gebracht. Der Bichler Alois würde ganze Nächte über dem Kalender sitzen und . . . da kam bestimmt nichts Gutes heraus. Das Rätselraten hörte auf, als bei den Bichlers dann etwas Kleines in der Wiege lag und laut schrie, wie es ihm wohl zukam. Um diese Zeit hatte der Alois aufgehört, über dem Kalender zu sitzen. Dafür hatte er jetzt seinen Plan.

Nein, Gottlos sollte der kleine Wurm da nicht heranwachsen. Konnte er ihn auch schon nichts für sein Leben mitgeben, einen Namen sollte er haben, der einmalig war. So ging denn Tags darauf der Alois wichtigen Schrittes hinter der Burgl her, als diese das kleine Wesen zur Taufe trug. Der Pfarrer war über seine Tage sehr alt geworden und auch das Taufen war ihm schon Gewohnheit. Wie viele Namen hatte er inzwischen über die Klammern Erdensbürger gesprochen, aber da stand auf einmal ein Vater da, der ver-länger „Drossel“ sollte der Bub heißen. „Drossel“ dachte der Pfarrer und wiegte seinen ergrauten Kopf. Es war doch ein sonderbarer Name, dieser Bichler Alois. Der aber zwinkerte nur listig mit den Augen und wiederholte püffig: „Ja, Drossel.“

Well nun mal des Menschen Wille sein Himmelreich ist, tat der Pfarrer, wie ihm geheißen.

Der Alois jedoch war's zufrieden und man sah's ihm an, daß er an irgend etwas dachte, was ihm diebische Freude machte. Vielleicht weil er daran dachte, wie der Junge heranwachsen würde, zur Schule ging und dann mal seinen Namen schreiben konnte.

Seine Namens, den der Bichlers, brauchte er sich für wahr nicht schämen und was den Vornamen betraf — der Alois pfiff vor sich hin — der Bub sich auch sehen. Jawohl, niemand konnte einmal seinem Bubben das Recht nehmen, diesen Vornamen abzukürzen und . . . Dr. Bichler, das sah doch gar nicht so übel aus! Oder, „Herr Pfarrer, was meinen Sie!“

Vier Jahrzehnte Kulturballet in Hossen

Auf eine vierzigjährige stolze Theater-geschichte konnte Ende Juli das Theater der Stadt Gießen bei seinem Jubiläum zurückblicken, eine Bühne, die als ober-hessisches Kulturzentrum hart am Hande

der Zerstörung erhalten geblieben, heute wie einst in ganz Deutschland und darüber hinaus einen klingenden Namen hat. Das neue Stadttheater, von Baural Hans Meyer erbaut, nach seinem und Helmer Wiener Architekten Feiler und Heimer im Wettbewerb siegreich hervorgegangenen Film, ist am 23. Juli 1947 gelegentlich der 200. Jahrestag der Ludwigs-Universität eingeweiht worden. Bereits unter der Intendanz des Hofrats und Schauspielregisseurs Hermann Steingöter wurden von 1907/8 an 440 Schauspiel-, 10 Opern und 48 Operetten gestartet. Im Dezember 1944 wurde das Theater von Brandbomben schwer getroffen, wobei Zuschauerraum und Foyer ihren Schmuck und die Ausstattung, das Gestühl und wertvolle Skulpturen verloren, die als Friese und Statuen die Marmorwände der Wandelgänge unterbrachen. Auch der reiche Fundus wurde ein Opfer der Flammen. Aber bereits am 15. November 1945 stand in der 1. Nachkriegszeit unter dem kommissarischen Intendanten und jetzigen Spielleiter Kurt Sauerland ein Gießener Ensemble mit Goethes „Faust“ vor einem fastlichen Publikum. Mit der 2. Spielzeit 1947 übernahm der aus Berlin berufene Dr. Gerd Briesa als verantwortlicher Chef die Lenkung des Hauses, das nun mit einer Festaufführung von Goethes „Iphigenie“ und einem Operngestaltspiel des Hessischen Staatstheaters Wiesbaden („La Bohème) in den Jubiläumstagen seinen Willen zum Leben erntet und mutig dokumentierte. Seemann.

Jugend im Widerstand. Unter diesem Titel besichtigt der Verlag „Die Zukunft“, Reutlingen, Postfach 20, einen Sammelband herauszugeben, der dokumentarisch den Widerstand der deutschen Jugend gegen den Nationalsozialismus aufzeigt. Der Verlag bittet um Einreichung von Dokumenten, Berichten von Teilnehmern am Widerstand und um Angabe von entsprechenden Anschriften.

Schläge ...

Wie der Polizeibericht meldet, fanden während der Nacht vom Sonntag zum Montag in der Altstadt mehrere Schlägereien statt, wobei sich Hunderte von Menschen ansammelten.

Es scheint also doch noch etliche Leute zu geben, die überschüssige Kräfte besitzen; und vor allem solche, die bei Tage allen Gelegenheiten auszuweichen verstehen, diese Kräfte nutzbringend zu verwerten.

Hunderte von Menschen! Ob das wohl dieselben Herrschaften waren, die sich in jener Gegend — hauptsächlich an der Kreuzung Schwaben-Kronen-Durlacherstraße — nicht nur in besagter Sonntagsnacht, sondern zu jeder Tages- und Nachtzeit „anzammeln“? Was es hier geschlagen hat, ist ein offenes Geheimnis; und woraus diese Zeitgenossen die Lust und Kraft zu nächtlichen Schlägen schöpfen, steht ebenfalls außer Zweifel. Unklar bleibt nur, wieso man ihnen nach wie vor die Zeit zu ihren „täglichen“ Ansammlungen läßt. Hier wären Arbeitsamt und Polizei an der Reihe, zuzuschlagen; und zwar Schlag um Schlag, immer wieder und zu jeder Stunde, bis für den letzten dieser Parasiten an der Allgemeinheit die Stunde geschlagen hat. H.H.

Bauarbeiter fordern Mitbestimmungsrecht

Groß-Kundgebung des Industrieverbandes „Bau, Steine, Erden“

Zu einer eindrucksvollen Demonstration unbefugten Lebens- und Arbeitswillens gestaltete sich die Bauarbeiter-Kundgebung im bis auf den letzten Platz besetzten Konzerthaus. Der Vorsitzende des Bauarbeiter-Verbandes, Eberhard Herz, umriß scharf die strikten Forderungen des Bauarbeiter-Verbandes nach ausreichender Ernährung (Schwerarbeiter-Karte), Arbeitskleidung, Schöne und Wohnung. Abends erteilte er dem Hauptreferenten, Kollegen A. Bernhard, Vorsitzender des Berliner Bauerverbandes, das Wort. Nach einem Überblick hinsichtlich der außenpolitischen, das deutsche Wirtschaftsleben ungünstig tangierenden Lage, kam der Redner auf die gegenwärtige deutsche „Wirtschafts-Anarchie“ zu sprechen. Zu deren Überwindung sei gerade die Arbeiterschaft aufgerufen, die in Stadt und Land zusammenstehen müsse. Nur durch Einigkeit könnten berechnete Forderungen nach einem Existenz-Minimum, das in Frage gestellt sei, erfolgreich durchgesetzt werden. Diese Forderungen gipfeln, nach Worten des Redners, neben der Erzielung eines menschenwürdigen Lebensstandards in einem unangestützten Mitbestimmungsrecht den Bauarbeitern gegenüber, in Sonderheit bezüglich Verwendung der Baustoffe. Diese dürfen nicht mehr wie bisher in großem Ausmaß der Erleichterung von Kinos, Kaffeehäusern (Zurufe: „Auch nicht Kirchen!“) und anderen Einrichtungen dienen, sondern in erster Linie Wohnungen, Krankenhäuser, Schulen etc. Der Arbeiter müsse sehen, daß seiner Hände Werk dem Wohle einer bittersten Wohnbevölkerung ausgesetzt ist. Ein gewisses Besitzbürgertum, Syndikalwesen und Kartell-Politik verfolge aber nur eigennützige, spekulative Ziele der Bereicherung und somit Herrschaft über andere. Deshalb solle der Staat Treuhänder und Auftraggeber der Bauvorhaben sein. Dann, wenn die Gesamtwirtschaft in die Hände des schaffenden Volkes übertragen sei, wäre auch den Arbeitern die Möglichkeit gegeben, einmal Positionen einzunehmen, die bisher ausschließlich von Baumeister-Söhnen besetzt worden seien. In diesem Zusammenhang appellierte der Redner besonders an das Solidaritätsgefühl zwischen allen am „Bau“ Tätigen. Ob Ingenieur,

Ferien-Kinderhilfe der Karlsruher Caritas

Der Caritasverband für den Stadtkreis Karlsruhe hat seit Jahren die örtliche Kindererholungsfürsorge mit besonderer Liebe gepflegt. Vor genau 20 Jahren ist draußen im Hardtwald das von Caritasrektor Stelmer angelegte und von vielen kleinen Einzelopfern der Karlsruher Katholiken gebaute Caritaswaldheim fertig geworden und diente all die Jahre hindurch als Tageserholungsstätte der Karlsruher Jugend. Über 10.000 Kindern hat das in der Bevölkerung so populär gewordene „Waldheim“ in den Sommermonaten Erholung und Ferienfreude geschenkt. Leider ist auch diese Stätte der Caritas mit zehn anderen katholischen caritativen Anstalten der Stadt ein Opfer des Krieges geworden. Es ist zu hoffen, daß der fertig vorliegende Plan zu einem neuen Tageserholungsheim an der Stätte des total zerstörten im kommenden Frühjahr verwirklicht werden kann. Diesmal führt die Caritas ihr beliebtes Kinderhilfswerk im letzten Sommer an drei Ersatzstätten durch. Auf dem Pöhlbach-Wiesen waren schon im Juni und Juli 180 Kleinkinder in der Ortserholung untergebracht. Während der Ferien werden dort 200 Schulkinder betreut. Die Mahlzeiten bereitet die Caritas in der von der Technischen Hochschule zur Verfügung gestellten Großküche des Studentenheuses. 200 weitere Schulkinder erholen sich draußen in Schloß Scheibenhart, wo im Auftrag der Caritas Paulaner-Patres gegenwärtig ein Erziehungsheim einrichten. Eine dritte Stätte der Ortserholung ist auf dem Lerchenberg in Durlach für 150 Durlacher und 50 Karlsruher Kinder eingerichtet. 60 Kinder hat der Caritasverband in Landfamilien, 75 in Erholungsheimen untergebracht. Die kath. Jugend führt mit amerikanischer Hilfe im Würmtal ein Zeltlager für 280 Buben durch. Kleinere Kindergruppen aus verschiedenen Pfarreien sind für zwei bis vier Wochen mit etwa 200 Kindern aufs Land gegangen. So werden diesen Sommer 900 Kinder durch die Caritas, 500 durch die Jugendseelsorge, also insgesamt 1400 katholische Kinder frohe und erholungsreiche Ferien erleben.

Diese umfassende Kinderhilfe wird ganz wesentlich unterstützt durch eine in der Hauptsache für diesen Zweck verwendete Papstspende mit Lebensmitteln, die in Südamerika auf einen Aufruf der Vatikan gesammelt wurden. Auch die Hoover-Spendung, die in den Ferienwochen an die Erholungsstätten zusätzlich gegeben wird trägt wesentlich dazu bei, daß die Kinder sich wirklich erholen können.

Die hier in der Ortserholung betreuten Kinder sammeln sich jeden Morgen in den einzelnen Stadtteilen und werden, in Gruppen zu 15 bis 20 eingeteilt, tagsüber von Kindergärtnerinnen an die Erholungsstätten betreut, um abends wieder ins Elternhaus zurückzukehren. Die in Schloß Scheibenhart betreuten Kinder werden allabendlich mit einem Omnibus in die Stadt zurückgeführt. Jeder Tag, den die Kinder in der Ortserholung erleben, ist ein wahrer Freudentag und wird etwas von der sonnigen Kinderfreude auch hineinschicken in die sorgenerfüllten Familien der Ferienkinder. Höhepunkte der Freude sind die Spielnachmittage, Sing- und Festerstunden, das beliebte Kasperlespiel und was sonst noch frohes in ein solches Jugendreich gehört. Vier Mahlzeiten gibt es täglich. Zweimal in der Woche scharen sich die Kinder betend und singend um den Waldaltar zur Feier der hl. Messe und zu einer Kinderpredigt. Jeder Morgen beginnt mit einer kurzen religiösen Morgenfeier, bei der als Motto für den Tag ein kindertümlicher Tagesspruch ausgegeben und besprochen wird. Eine Gemeinschaft von 36 Kindergärtnerinnen und Helferinnen baut an diesem frohen Kinderreich. Ein eigener Schultag hat sie in ihren Dienst an den Kindern eingeführt. Selbstverständlich wurden alle Kinder zu Beginn der Erholung ärztlich untersucht.

Die Plakatsäule

Plakatsäule und Waschmittel. Wie das Wirtschaftsamt mitteilt, ist auf Grund des Verbotverfahrens in den nächsten Tagen mit dem Aufbruch von Seife und Waschmittel zu rechnen. Plakatsäule. Im Verkehr mit der britischen Zone sind jetzt auch dringende Pakete zugelassen. Stuttgarter Neubürgermesse. Der Plan, die Stuttgarter Erste Neubürgermesse auch in Karlsruhe zu zeigen, kommt nicht zur Verwirklichung. Die Schau hat mit dem 31. Juli ihr Ende gefunden und wird zur Zeit abgebrochen. Verband reisender Kaufleute Deutschlands. Der Landesverband Württemberg-Baden des V. R. K. D. kann seine Tätigkeit wieder aufnehmen und hat seine Geschäftsstelle in Stuttgart-S. Dohlestraße 23. Empfang der Karlsruher Leichtathleten. Im Auftrag des Oberbürgermeisters Topfer begrüßte der Sportbeauftragte für Nordbaden die am Montag, den 11. August 1947, um 18.00 Uhr, die aus Köln zurückgekehrten Teilnehmer des KTV 46, die bei den 50. deutschen Leichtathletik-Meisterschaften beachtliche Erfolge erzielten. Karl Wolf wurde im Hammerwerfen mit 36,11 m Distanz, Werner Beck platzierte sich im 200-m-Lauf mit der Zeit von 22,4 Sek. als Fünfter und Konrad Kern er kämpfte sich im 600-m-Lauf mit 9,7 Sek. den sechsten Platz. In der 4x100m-Staffel belegte die KTV-Mannschaft mit Hans Möller, Beck und Nenninger in der Zeit von 4,4 Sek. einen ehrenvollen fünften Platz.

Disziplin spielt wieder. Nach persönlicher Vorgesprache des Staatspräsidenten Wohleb beim Gouverneur des Kreises Rastatt, Colonel Wolf, hat dieser im Hinblick auf die kulturelle Bedeutung der Festspiele die Genehmigung zur Wiederaufnahme des Spielbetriebes ab Sonntag, den 17. August, erteilt. Der Gouverneur erwartet, daß die Bevölkerung diesen Beweis von Wohlwollen entsprechend würdigt. Das Volksschauspiel teilt dazu mit, daß die Karten für die ausverkauften Vorstellungen am 27. Juli, 3. und 10. August ihre Gültigkeit verlieren. Diese können bei den Vorverkaufsstellen oder bei der Geschäftsstelle Disziplin (Ruf Rastatt 2001) gegen Rückzahlung des Eintrittsgeldes zurückgegeben werden. Jo. Egenwärtige Weltlage ein. Er sieht in einer, wenn auch nur erprobten Möglichkeit, eines neuen Krieges bereits ein Verbrechen gegen die Menschheit. Andererseits glaubt er den Völkern die Fähigkeit abprechen zu müssen, trotz eigenem dafür geschaffener Institutionen Frieden zu halten. So hätten auch alle bisherigen irischen Regierungen in dem Bestreben versagt, der Menschheit Gerechtigkeit und somit auch Frieden zu geben. Wir befinden uns im letzten der biblisch nachweisbaren Weltzeitalter, nämlich im anglo-amerikanischen. Da seit dem Jahr 1914 die „Zeit der Nationen“ abgelaufen sei, würden die Kriegnisse, gekennzeichnet durch Kriege, Hungersnöte und Seuchen, rasch ihrer Vollendung entgegengehen, die der Redner in der endgültigen Aufrichtung der „Theokratie“ sieht. Bis dahin müsse sich der Einzelmensch glückselig und unvergessen im Kräftegleichgewicht mächtiger Mächte behaupten und bewahren. B.-f.

Suchdienst des Roten Kreuzes

Angehörige oder Bekannte nachstehender Personen werden gebeten, sich beim Suchdienst des Roten Kreuzes, Karlsruhe, Herrmannstr. 29, zu melden. Wachtm. Walter Boden, 21 Jahre, FPN 13 593, Art. Bst. 202, Heilmannstraße, Baden; Urt. Bst. 202, Heilmannstr. 202, Einb. 1. Lt. Sturmabst. 84, FPN 21 410, L.G.P. Wiesbaden; Ogr. Kurt Döhn, geb. März 22, aus Gg. v. Karlsruhe; Soldat Braun, zuletzt B. Wien; Flieg. Decker, 18 Jahre; Franz Falter, 26 Jahre, verb. Sattlermeister aus Baden; Ogr. Hermann Feltner, geb. 1923, aus Gg. v. Karlsruhe; Willi Flick, Schulmeister aus Karlsruhe; Max Fosselmann, etwa 24 Jahre, Kl. Landwirt; u. Weinbau, aus Gg. v. Karlsruhe; Wilhelm Fritz, 40 Jahre, verb. aus Karlsruhe; Ogr. Otto Gans, Einb. Stb. 33, I.D., FPN 24 264 aus Karlsruhe; Urt. Sebastian Hader, etwa 28 Jahre, 176 cm groß, Tischler, led., Eltern haben auch Tischler; Ogr. Helmut Heck, geb. 1917, Angebl. aus Karlsruhe; Franz Heimbach, Lehrer aus Karlsruhe; Walter Herold, etwa 28 Jahre, led., Schlosser (P), Braut: Eberhardt aus Karlsruhe; Egon Pfeiffer, 28-29 Jahre, led., Maurer, Vater auch Maurer; Albert Hof, Badener, Einb. Stab 1. Bst. Bst. 202, Div. 218, Alfons Sinner, 28-29 Jahre, led., Ngt.-Stab Pz.Gren.Bgl. 164, 25. P.D., Badener; Klaus Vögels, 24-25 Jahre, verb., 2 Kinder, Rechtsanwalt aus Karlsruhe oder Umgeb.; Stfw. Scherer, Elektriker aus Karlsruhe; Oskar Wehrte, 31 Jahre, led., Landwirt, Heimat: Bruchsal b. Karlsruhe; Otto Wolf, 25 Jahre, Landwirt, aus Nähe von Karlsruhe.

„Gottes vollkommene Regierung“

Vortragabend der „Zeugen Jehovas“. Referent Schwaferl sprach im Konzerthaus vor einem großen Zuhörerkreis über göttliche und menschliche Weltregierung in einem bereits vorangegangenen Vortrag hatte er Aufschluß gegeben über Herkunft und Wesen der „Zeugen Jehovas“, die bis zu ihrem Verbot während der Naziherrschaft unter dem Namen „Christliche Bibelforscher“ bekannt waren. Der Redner leitete seine von Temperament getragenen Ausführungen mit einer Betrachtung über die frühere und

SS-Angehörige vor der Spruchkammer

Unter dem Vorsitz von Landgerichtsdirektor Dr. Eisemann verhandelte die Spruchkammer 1 gegen fünf Internierte. Der Apotheker Franz Platner aus Karlsruhe gehörte, von 1931 bis 1946 der NSDAP an. Außerdem war er Beisitzer beim Kreisunfalluntersuchungs- und Schlichtungsausschuß von 1933 bis 1945 und 1946. Er gab in der Beweisaufnahme an, sich nie politisch betätigt und der Partei keinen nennenswerten Dienste geleistet zu haben, beim Parteigericht habe er nur einmal als Beisitzer fungiert. In der Hauptsache wurde der Angeklagte durch seine Zugehörigkeit zur SS belastet, da er dort immarhin den Rang eines Untersturmführers innehatte. Pl. konnte jedoch den Beweis erbringen, daß er lediglich durch seinen Zivilberuf befördert wurde und in seiner Eigenschaft als Sanitäter eingesetzt war. Die Kammer reichte ihn in die Gruppe der Minderbelasteten ein, mit 2 Jahren Bewährung und 10% Vermögensstrafe zu Gunsten der Wiedergutmachung.

Als nächster erschien der 42jährige Kaufmann Karl Krüger aus Berlin vor der Kammer. K. war 1932 infolge wirtschaftlicher Not der Allg. SS beigetreten, weil er sich davon eine Verbesserung seiner Lage versprach. Aktivistisch hat er sich während seiner Zugehörigkeit zu dieser Formation nicht betätigt. 1936 wurde K. von der Waffen-SS in einem Berliner Lazarett als Sanitäter übernommen und wurde kurze Zeit darauf Scharführer. Der öffentliche Klager legte dem Betroffenen zur Last, daß er im Jahre 1939 von der SS-Verwaltung eine Lizenz-Kantine übernahm und sich in dieser Stellung ein ansehnliches Vermögen erworb. Mildernnd wurde berücksichtigt, daß K. während des Krieges im Katastropheneinsatz vierzig Monaten das Leben gerettet hat; außerdem unterstützte K. seine jüdischen Verwandten in selbstloser Weise. Der Spruch der Kammer lautete: Einreihung in die Gruppe II mit zwei Jahren Arbeitslager und 20% Vermögensstrafe, hauptsächlich in Sachwerten.

Willy Huber, Kaufmann aus Durlach, gehörte von 1933 bis 1946 der Partei und der Allg. SS an. Zu seiner Entlassung machte er geltend, daß er der Karlsruher Turnerschaft als Abteilungsleiter Vorstand und im Zuge der Gleichschaltung in die Partei übernommen wurde. Er beabsichtigte auf diese Weise, den politischen Einfluß auf den Verein auszuüben und seinen Sportkameraden weitere freie Betätigungsmöglichkeiten zu verschaffen. In der Allg. SS war H. nur Spottreferent. 1945 wurde der Betroffene von der Wehrmacht für die Waffen-SS freigegeben und wurde bis zum Kriegsende zum SS-Sturmabteil befördert. Vorgehen gegen die Menschlichkeit konnten ihm während dieser Zeit nicht nachgewiesen werden. Die Kammer beurteilte ihn als Minderbelasteten mit zwei Jahren Bewährung und 10% Vermögensstrafe.

endhaus, Mondnacht, Liebeslied und dem Badesong Hansens. Schrotth's „Seinerzeit zu meiner Zeit“ war alles verboten, heute ist eigentlich alles erlaubt. Dar aus dieser Devisen zusammen-gemixte Cocktail schmeckt dank der Darstellungskunst eines Paul Wegener, Paul Klinger, Käthe Haack, immerhin noch erträglich. B.-r.

Radio Stuttgart sendet

Mittwoch, 13. August: 6.00 Frühmusik; 6.30 Gymn.; 6.45 Nachr.; 7.00 Melod. am Morgen; 8.00 Stimme Amerika; 8.30 Morgenstunde; 9.30 Haus u. Heim; 9.45 Wasserstände; 10.00 Schulfunk; 12.00 Musik z. Mittagst.; 12.45 Nachr.; 13.00 Musik z. Mittagst.; 12.15 Anschlussstunde; 14.00 Schulfunk; 16.30 Kindertanz; 17.00 Urt. Solisten; 17.20 Für d. Bücherfreund; 17.45 Nachr.; 18.00 Reigen schöner Melod.; 18.15 Aktuelles u. Wissenswertes; 18.30 Sport; 18.45 Echo aus Baden; 19.00 Stimme Amerika; 19.20 Wulfen St. schön; 19.45 Nachr.; 20.00 Opernkonzert; 20.00 Studiokonzert; 21.45 Nachr.; 22.00 Walsorchester, W. Lienzheid; 22.30 J. Brahms. Donnerstag, 14. August: 6.00 Frühmusik; 6.30 Gymn.; 6.45 Nachr.; 7.30 Melod. A. Morgen; 8.00 Stimme Amerika; 8.30 Morgenstunde; 9.45 Wasserstände; 10.00 Schulfunk; 11.30 Kinderschichten; 12.00 Landfunk; 12.15 Musik z. Mittagst.; 12.45 Nachr.; 13.00 Musik z. Mittagst.; 13.15 Anschlussstunde; 13.30 Musik z. beliebten Filmen; 14.00 Schulfunk; 16.30 Einb. z. Musik; 17.00 Komp. v. Dvorak u. Reger; 17.20 Suchdienst für Württ.-Baden; 17.45 Nachr.; 17.50 Melod. u. Rhythmus; 18.13 Streif. d. Zeit; 18.30 Engl. f. Erw.; 18.45 Für uns Werktätig.; 19.00 Stimme Amerika; 19.20 Für uns Werktätig.; 19.45 Nachr.; 20.00 Volkswesen a. d. Welt; 20.20 Albert in Wort u. Ton 21.00 Abendkonzert; 22.00 Posaene d. Zeit; 22.15 Kl. Nachtmusik; 22.45 Nachr.; 22.50 Schlags-melodien; 23.30 Klaviermusik v. Chopin.

Wilhelm Strienz sang

Da ist kein Ringen mehr um vollendete Entfaltung und Gestaltung, sondern nur noch eine volkstümliche, nicht sehr anspruchsvolle Interpretation. Bei ausgesprochenen Volkstümern mag dies noch angehen, — auch da unter Vorbehalt — keinesfalls aber bei Künstlern der Romantik. Eine Dramatisierung, die alle Feinheiten der Komposition gänzlich unbeachtet läßt, ist Fehl am Platze! Daß man sich mit stets gleichbleibender, stümmliger Färbung in allen Höhen- u. Tiefenlagen beim Publikum einstellt, könnte bedenklich weit von der künstlerischen Berufung wegführen. Leider vermag auch die Zusammenstellung des Programms den ästhetischen Empfinden nicht gerecht zu werden. Das Publikum im vollbesetzten Konzerthausaal geizte trotzdem nicht mit Beifall. B.-r.

„Seinerzeit zu meiner Zeit“

Seinerzeit war das Leben — wesentlich im Film — noch eine niedliche Operette. Zwischen durch auch richtig zum Gähnen, wenn nicht das Auge durch besondere Effekte wachgehalten würde. Was gut pointierte Dialoge betrifft, kommt das Ohr schon schlechter weg. Aber was alles auf die Bühne gestellt wird! Ein kleiner Buskarettentanz mit witzigen, schillernden Grundrissen, ein feierl. vaterlicher „Herr Oberst“ (schon wieder!), ein erster Automobilist, eine tugendhafte Regine... Liebesgefändel in Postkarten- und Sonnenschirmen. Eine Modenschau aus der Modenkiste von Anno Dazumal ist nicht immer ein geistreich-witziges Lustspiel, was annehmend dieser Film sein wollte. Durch Situations-Komik läßt sich dies auch nicht „machen“. Als Rahmenhandlung in jenem Streit-zug durch die Guts, alte Zeit dient eine himmelblaue Neuzelt (wenn war das oder wann kommt das wieder?) mit Wochen-

Badische Rundschau

Brief aus Bretten. Nach einigen nicht gerade hervorragenden Gastspielen wurden „Der ideale Bauer“ und „Im weißen Rößl“ — dargestellt von Pforzheimer Künstlern — vom Publikum mit Begeisterung aufgenommen. — Für die Jugend brachten die Karlsruher Pappenspiele eine fröhliche Kasperle-Geächte. — Auf dem Viehmarktplatz wird vom 13. bis 17. August eine künstlerische Singschaulager auf Turmeid und Stahmatt stattfinden. — Unsere Nachbarstadt Maulbronn feierte die 800jährige Gründung ihres weltberühmten Klosters — Ing. „Capitol“ löten die „Amerikanische Filme“ „Der kleine Engel“ und „Die Frau gehört mir“, die nun durch den deutschen Streifen „Tolle Nacht“ (mit Theo Lingas) abgelöst werden. — Im evangelischen Kindergarten fand das traditionelle Sommerfest statt.

Aus Kriegsgefangenschaft kehrten im Juli acht Männer zurück. Insgesamt fehlen in Bretten noch 132 Kriegsgefangene, 5 Zivilinternierte, 190 vermißte Wehrmachtangehörige und 22 sonstige Vermisste.

Im „Badischen Hof“ fand eine Neubürgerversammlung statt, bei der Referent Reiser sprach. Die obersten Klassen der Volksschulen wurden wegen Mangels an Lehrstellen ein weiteres Vierteljahr in der Schule belassen; zur Berufslenkung wurden ihnen einheimische Betriebe geeicht.

Die SPD hielt eine Mitgliederversammlung ab, bei der Referent Himmelspacher einen Bericht über den Parteizug in Nürnberg erstellte. Kurz darauf erfolgte die Gründung der „Jungsozialisten“, sowie die feierliche Eröffnung der Nähstube der Arbeiterwohlfahrt.

Im Monat Juli wurden 10 Sterbefälle, 2 Eheschließungen und 2 Geburten registriert. Herr Julius Amberger, Pforzhammerstr. 42, feierte seinen 83. Geburtstag. Die Eheleute Weber das Fest ihrer Goldenen Hochzeit. Wir gratulieren!

Der Obst- und Gartenbauverein hielt im Lindensaal eine Versammlung ab, bei der Maßnahmen zur Schädlingsbekämpfung besprochen wurden. — In der Kreislandwirtschaftsschule fand ein Lehrgang für Feldhüter statt. — In der Gemarkung Bretten entstanden durch Unwetter mit Hagelschlag beträchtliche Schäden an Feld- und Obstkulturen.

Nach dem erfolgreichen Turnfest kam am 8. 8. ein Schwimmpfest mit Wettkämpfen und Wasserpielen, unter Mitwirkung von SV und TV Mannheim, BSV Pforzheim, TV Karlsruhe 1946 und TSV Bretten zur Durchführung. — Dem VRS

Lokalredakteur: Helmut Haug; Karlsruhe Redaktion Waldstr. 21, Tel. 9994-9995; Anzeigenredaktion und Vertrieb: Pz. Bst., Karlsruhe, Karlsruh. 14, Tel. 124 (zweig-stelle Eppingen, Kronenstr. 6, Tel. 413).

